

Es gilt das gesprochene Wort.

Impulsreferat

**Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ehrevorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Veranstaltung der ÖVP

Podiumsdiskussion „Mitte ist, wer vorne ist.“

Freitag, 16. April 2010, 10.00 Uhr

„Christliche Demokratie – Was uns von anderen unterscheidet“

Wien, Camineum der Österreichischen Nationalbibliothek

1. Generalsekretär Fritz Kaltenegger
Damen und Herren

2. Wir haben Grund zu großer Dankbarkeit.

Das furchtbare Ende des Zweiten Weltkrieges erwies sich nicht als das Ende der Geschichte, sondern letztlich als Befreiung unserer beiden Staaten und ganz Europas von der Geißel des Nationalsozialismus. Seit über 60 Jahren lebt Europa in Frieden und halb Europa auch in Freiheit. Seit 20 Jahren ist Deutschland wiedervereinigt und der Osten Europas von der Herrschaft des Kommunismus befreit.

Gott sei Dank!

In Österreich und in Deutschland gingen mutige Männer und Frauen daran, die „zweite Chance“ (Fritz Stern) zu nutzen.

Schon in den KZs, den Schützengräben, Luftschutzkellern und Ge-

fangenenlagern hatten sie erste Konzepte für die Zeit danach entworfen. Einige von Ihnen, so zum Beispiel Leopold Figl und Alfons Gorbach, waren erst am 6. April 1945 aus dem Wiener Gefangenenhaus entlassen worden, wo sie auf Prozess und Hinrichtung gewartet hatten. In Berlin erschienen Andreas Hermes, der spätere erste Vorsitzende der CDU in der sowjetisch besetzten Zone, der Volksgerichtshof unter Freisler hatte ihn am 11. Januar 1945 zum Tode verurteilt, und seine Gefährten noch in Häftlingskleidung zu den ersten Versammlungen. Sie gründeten christliche Parteien. Schon am 17. April 1945 kam es hier in Wien, im Schottenstift, zur Gründung der ÖVP, auf den Tag genau morgen vor 65 Jahren. Die Partei erreichte auf Anhieb die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate und stellte für 25 Jahre den Bundeskanzler. Ein Erfolg ohne Beispiel. Sie haben allen Grund diesen Gründungstag selbstbewusst zu feiern. Sie dürfen stolz darauf sein. Herzlichen Glückwunsch!

Heute, 65 Jahre später, haben Österreich, haben Deutschland, Europa und die Welt ein anderes Gesicht. Wir leben in Frieden und Freiheit und in Wohlstand, als Mitglieder der Europäischen Union. Die Gren-

zen stehen offen, wir haben eine gemeinsame Währung. Das kommunistische Herrschaftssystem ist zusammengebrochen, die Ideologie des kommunistischen Manifestes hat sich selbst gerichtet, hat sich überlebt. Das Gespenst des Kommunismus geht in Europa nicht mehr um. Die Staaten Ostmitteleuropas sind frei, die Sowjetunion existiert nicht mehr. Auch die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind – nicht zuletzt durch die Hilfe und Unterstützung Österreichs – auf dem Weg nach Europa. Dass sie zu uns gehören, steht außer Zweifel.

3. Aber, obwohl das so ist, blicken wir nicht ohne Sorgen in die Zukunft. Unsere Tagesordnung ist angefüllt mit neuen Herausforderungen und manche zweifeln, ob wir die Kraft besitzen, mit ihnen fertig zu werden. Unübersichtlichkeit, Beliebigkeit, Individualismus, Egoismus, Ratlosigkeit machen sich breit. Der alte Feind von gestern, der uns geeint und zusammengeschweißt hat, ist tot, aber wie sollen wir mit der so lange ersehnten Freiheit umgehen? Was gibt uns Halt und Orientierung, was sind unsere Ziele? Was müssen wir ändern? Wie wollen wir und wie sollen die uns nachfolgenden Generationen leben? Resignation ist uns nicht erlaubt, aber Nachdenklichkeit, Besinnung tut Not. Was sind

unsere Grundlagen, was ist unser Koordinatensystem?

Was unterscheidet uns von den anderen?

4. Zunächst: Wir haben nicht den geringsten Grund, uns von unseren Gründervätern loszusagen, auch wenn wir uns neue Grundsatzprogramme geben, weil neue Herausforderungen neue Antworten verlangen. Die Grundlagen, die sie gelegt haben, bleiben gültig. Im Gegensatz zu unserer Konkurrenz, deren Leitbilder ins Wanken geraten sind, weil sie sich überlebt haben, brauchen wir unser Leitbild nicht neu zu formulieren.

Wir in Deutschland – wir haben unsere Grundsatzprogramme etwas seltener überarbeitet, als Sie in Österreich – haben 1978 in Ludwigs-hafen unser erstes Grundsatzprogramm beschlossen und es 1994 in Hamburg, unter dem unmittelbaren Eindruck der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, neu formuliert. Und wir haben 13 Jahre später, im Dezember 2007, in Hannover, das heute gültige Programm verab-

schiedet. Ich durfte – Folge meines Alters – an allen drei Programmen verantwortlich mitwirken. Vieles hat sich verändert, neue Schwerpunkte sind gesetzt worden. Unser Leitbild aber ist über alle Jahre das Gleiche geblieben, weil es so aktuell ist, wie es zu Zeiten Konrad Adenauers und Leopold Figls war.

Wir orientieren unser Handeln am christlichen Bild vom Menschen, an seiner unantastbaren Würde und wir bekennen uns zur abendländischen Tradition. Sie fußt auf der Antike, dem jüdisch-christlichen Erbe des Alten Testaments und des Neuen Testaments und der Rationalität des Humanismus und der Aufklärung und wir orientieren uns davon ausgehend an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie sind gleichrangig, erfordern, begrenzen und ergänzen einander. Sie bleiben gültig, sie bedürfen keiner Überarbeitung.

Wir müssen sie allerdings zeitgerecht neu aussagen. Dazu gehört auch, dass wir für alle offen sind, die Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennen und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejahen, auch wenn sie sie nicht aus dem christlichen Glauben herleiten. In den nach der friedlichen Revolution

wiedererstandenen Ländern Ostdeutschlands, bekennt sich nur noch jeder Dritte zu einer der beiden christlichen Kirchen. Dennoch haben wir mit dem C im Namen unserer Partei in Sachsen und Thüringen z. B. mehrfach absolute Mehrheiten errungen. Die Menschen haben unser Programm, unsere Politik und den Politikern, die für sie standen, ihr Vertrauen geschenkt. Auf unserem Leitbild beruhen letztlich alle Erfolge der christlich demokratischen Parteien in den letzten 65 Jahren. Nicht zuletzt der Erfolg der EVP, die auch heute im Europäischen Parlament der 27 Mitgliedsstaaten, die mit Abstand stärkste Fraktion stellt und zu der sich die Mehrzahl der Staats- und Regierungschefs bekennen. Die ÖVP hat an diesem Erfolg entscheidenden Anteil, weil sie ihre Mittlerrolle zwischen den christlich demokratischen Parteien in Europa und in konservativen Parteien über Jahrzehnte gewissenhaft wahrgenommen hat. Insbesondere Alois Mock, aber auch meinem jahrzehntelangen treuen Weggefährten, Andreas Khol, sei dafür und für ihre souveräne Begleitung ihrer Ämter ausdrücklich gedankt.

Die ÖVP ist als Volkspartei gegründet worden und trägt ihren Anspruch schon in ihrem Namen. Als Union der Regionen, aller sozialer

Schichten und Gruppen und vor allem als Union von Christen beider Konfessionen versteht sich die deutsche CDU und ihre bayerische Schwester, die CSU.

Nur als Volkspartei werden wir unserem Anspruch gerecht. Diesen Anspruch dürfen wir nicht aufgeben. Weil in vielen Ländern, auch bei uns in Deutschland, das Parteienspektrum breiter und vielfältiger geworden ist und weil darum absolute Mehrheiten seltener geworden sind, ist es Mode geworden, über das angebliche Ende der Volkspartei zu spekulieren. Ich widerspreche. Auf der Existenz von Volksparteien beruht seit Jahrzehnten die Stabilität unserer demokratischen Verfassungssysteme. Mit Klientelparteien allein, die sich auf wenige ausgewählte Kapitel der Wählerschaft beschränken, ist kein Staat zu machen. Volksparteien müssen nicht Spezialanliegen einzelner Gruppen erfüllen, sie müssen sich am Gemeinwohl orientieren, an dem was uns zusammenhalten soll, nicht an dem, was uns trennt. Es ist ein Irrtum zu glauben, der Typus der Volkspartei bestimme sich in erster Linie aus den Wählermassen, die sie an sich zu ziehen vermögen, ihre Wählerattraktivität ist Folge nicht Voraussetzung.

Das gilt nicht nur für die Vergangenheit, das gilt auch für die Zukunft. Ihr Erfolg misst sich natürlich auch an der Breite der Zustimmung bei Wahlen, aber – und das ist bedeutsamer – sie misst sich vor allem an der Frage, ob Volksparteien in der Lage sind, Wähler aller Altersgruppen, aller sozialen Schichten, aller Konfessionen, aller Regionen zu erreichen. Ob sie in der Lage sind, Interessen und Überzeugungen zu bündeln.

Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl im letzten Herbst war für die Union in Deutschland nicht berauschend. 33,8 % – wir waren zu Adenauers und Kohls Zeiten schon besser. Aber die Union hat auch 2009 bei Männern und Frauen, in allen Altersschichten, in allen Berufsgruppen von allen Parteien das beste Ergebnis erreicht. Wir sind Volkspartei geblieben.

Dass die SPD mit 23 % weit hinter unserem Ergebnis zurückgeblieben ist, hat uns gefreut, aber dass ihr Charakter als Volkspartei in Frage steht, muss auch uns besorgen. Aus recht verstandener staatsbürger-

licher Verantwortung heraus haben auch wir ein Interesse daran, dass sie sich wiederfindet, sich neu aufstellt und ihre schwere Krise überwindet. Parteien brauchen Konkurrenz, auch Volksparteien brauchen Konkurrenz. Wir brauchen einen starken Rivalen. Eine Volkspartei allein, das kann auf Dauer nicht gut gehen. Der Niedergang der SPD sei uns eine Warnung!

5. Was unterscheidet uns Christliche Demokraten von den Sozialdemokraten? Unser christliches Menschenbild, unser Leitbild, von dem ich sprach, aber auch unsere Antworten auf die neuen Herausforderungen unterscheiden uns.
 1. Unsere Gesellschaft hat sich gewandelt. Der Wähler von 2010 ist nicht mehr der Wähler von 1960. Er verhält sich anders, entscheidet sich anders. Das hat Folgen für die Parteien: Wähler, die aus Tradition – unabhängig von anstehenden aktuellen Entscheidungen –, ihre Stimme abgeben, werden weniger. Im-

mer mehr Wähler entscheiden sich bei jeder Wahl neu, oft erst im letzten Moment. Sie müssen neu gewonnen werden. Von uns als Volkspartei der Mitte durch ein unideologisches Programm der Mitte und mit Führungspersönlichkeiten, die dieses Programm glaubhaft verkörpern. Wir müssen den Wettbewerb mit dem Zeitgeist aufnehmen. Die ausgestreckte Hand, nicht die geballte Faust einer verkrampften Ideologie muss unser Symbol sein. Unser Programm muss sich an der finanziellen, an der sozialen und an der mentalen Wirklichkeit orientieren.

2. Wir müssen nahe bei den Menschen sein. Wir müssen wissen, was sie bewegt und wie sie denken. Es ist gut, dass uns Umfragen nahezu jede Woche ein Stimmungsbild vermitteln, aber eine Volkspartei muss nicht nur auf die wechselnden Wünsche der Wähler hören, sie muss auch führen. Nahezu alle wichtigen Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland – die Wiederbewaffnung, der NATO-Nachrüstungsbeschluss, die Einführung des Euro z. B. – stießen zunächst auf breite Ablehnung in der Bevölkerung und auf heftigen, lautstarken Protest der Opposition, aber sie waren richtig und fanden später breite Zu-

stimmung. Wer dem Wähler nur nachläuft, sieht ihn nur von hinten. Eine Volkspartei muss den Mut haben zu führen und die Kraft, die Wähler von als richtig erkannten Zielen zu überzeugen. Wenn wir beispielsweise der Überzeugung sind, dass die Familie das Fundament unserer Gesellschaft ist, dass Ehe und Familie des besonderen Schutzes bedürfen, weil hier der Einzelne nicht nach seinem Nutzen beurteilt wird und weil sich in der Familie Normen und Verhaltensweisen entwickeln, die notwendig sind, damit unsere Gesellschaft zusammenbleibt, dann müssen wir das auch in unserem Parteiprogramm klar aussprechen und in der alltäglichen Politik entsprechend umsetzen. Mangelnde Eindeutigkeit stößt die einen ab und gewinnt die anderen ohnehin nicht hinzu. Wer, wenn nicht wir, trägt Verantwortung für den Schutz ungeborenen Lebens und für ein Sterben in Würde?

3. Wir bekennen uns zur wechselseitigen Verantwortlichkeit der Generationen. Die Alten wollen nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkel leben. Sie wollen, dass es ihren Kindern und Enkel gut, wenn möglich, sogar besser geht. Auch darum bekennen

wir uns zum Abbau von Schulden und zu ausgeglichenen Haushalten. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zwingt uns gegenwärtig zu einer so noch nie da gewesene Neuverschuldung. Wenn sie überwunden ist dürfen wir keine unverantwortlich hohen neuen Schulden machen. Und vor allem, wir müssen endlich damit beginnen, gemachte Schulden zurückzuzahlen. Wir dürfen das Holz nicht verbrennen, aus denen sich unsere Enkel ihre Hütten bauen sollen. Sozialdemokraten tun sich überall in der Welt schwer mit Geld, das verdient werden muss bevor es verteilt werden kann, umzugehen. Die Soziale Marktwirtschaft lehrt uns, dass wir Menschen brauchen, die etwas unternehmen und die dafür belohnt werden, dass sie etwas unternehmen. Sie lehrt uns, dass wir vor allem einen erfolgreichen Mittelstand brauchen, weil wir sonst den Schwachen nicht helfen können. In der Tat: Sozial ist was Arbeit schafft. Den Schwachen zu helfen ist Christenpflicht. Wir wollen ein dicht geknüpftes soziales Netz, das in Not Geratene auf-fängt, aber wir wollen auch, dass niemand länger als unbedingt notwendig aus Bequemlichkeit in diesem Netz liegen bleibt.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell der christlich demokratischen Volksparteien, die die es abgekupfert haben, haben es nicht immer auch verstanden. Für uns ist sie der dritte Weg zwischen sozialistischen und anderen Formen des Kollektivismus und eines ungezügelten Kapitalismus in Zeiten der Globalisierung, die wir beeinflussen und gestalten wollen. Wir sind dafür verantwortlich, dass die Soziale Marktwirtschaft international nicht auf der Strecke bleibt.

4. Für uns ist der Staat für den Menschen da und nicht der Mensch für den Staat. Ein starker Staat muss die Rahmenbedingungen sichern, er muss handlungsfähig sein und notfalls – wir haben es in der Weltwirtschaftskrise erfahren – das letzte Wort haben. Aber er darf nicht allgegenwärtig sein. Nur Sozialisten glauben, er wisse alles besser und er könne alles besser. Die Eigeninitiative, das Ehrenamt finden unsere Unterstützung und Förderung, nicht weil sie dem Staat Aufgaben abnehmen, sondern damit Bürger ihre Freiheit und ihre Eigenverantwortlichkeit wahrnehmen können. Nicht alle Macht geht vom Volk

aus, wir bekennen uns zur Verantwortung vor Gott und den Menschen.

5. Wir bekennen uns zum Föderalismus und wir sollten ihn in Österreich und in Deutschland mit allen Kräften verteidigen, auch wenn er bedauerlicherweise im Augenblick nicht sonderlich populär ist. Er teilt die Macht, sorgt für Wettbewerb, wahrt die landsmannschaftlichen Traditionen, er muss auch in Europa gelten. Europa wird föderal sein oder es wird keine Zukunft haben. Sein Kennzeichen ist die Vielgestaltigkeit, nicht die Uniformität. Zentralismus, Gleichmacherei, Allzuständigkeit passen zum Sozialismus, nicht zu uns. Tirol, die Steiermark, Thüringen, Rheinland-Pfalz ist unsere Heimat. Österreich, Frankreich, Spanien, Deutschland ist unser Vaterland, aber Europa ist unsere Zukunft. Die Europäische Einigung ist trotz aller Krisen, Hindernissen und Schwierigkeiten eine Erfolgsgeschichte. Das Gewicht Europas im weltpolitischen Geschehen ist deutlich gewachsen, aber das Haus Europa ist noch nicht endgültig wetterfest. Christliche Demokraten haben vor mehr als 50 Jahren die ersten Schritte getan, die EVP ist die Europapartei. Auf uns

liegt eine große Verantwortung. Auch was die Aufnahme weiterer Mitglieder betrifft, auch hier sollte unser Programm den Wählern klaren Wein einschenken. Europa verdankt seine Einheit seiner Geschichte.

6. In den christlichen Kirchen sehen wir Partner, die in eigener Verantwortung ihre Aufgabe zu erfüllen haben, mit denen wir uns freundschaftlich verbunden fühlen, weil Staat und Kirche, wenn auch in unterschiedlicher Weise, demselben Menschen zu dienen haben. Sie stehen für Voraussetzungen, die der freiheitliche, säkularisierte Staat nicht garantieren kann, auf die er aber überlebensnotwendig angewiesen ist (Böckenförde). Wir brauchen ihren karitativen Dienst, wir brauchen ihr Engagement in der Bildungspolitik. Wir wollen, dass in den Schulen Religionsunterricht erteilt wird und dass Kreuze in Gerichtssälen hängen und an Wegrändern stehen. Kreuze sind Symbole unserer abendländischen Kultur.

Wir sind offen für andere religiöse Überzeugungen, auch für den Islam. Wir erwarten allerdings, dass sie sich an unsere

Verfassung halten. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau z. B. kann für uns nicht zur Debatte stehen.

Auch wenn sich die christlich demokratischen Volksparteien den christlichen Kirchen traditionsgemäß eng verbunden fühlen, weltlicher Arm unserer Kirche wollen wir nicht sein, sondern selbstverantwortliche und selbstbewusste Laien.

6. Ich breche hier ab! Nicht weil mir nichts mehr einfiel, sondern weil ich meine Redezeit längst überschritten habe und weil ich ja nur Anregungen geben soll und nicht ein neues Grundsatzprogramm zu entwerfen habe. Vor uns liegt kein einfacher Weg. Es geht steil bergauf, Nebel beeinträchtigt die Sicht, die Luft für die Volksparteien wird dünner, aber wir werden den Gipfel gemeinsam erreichen. Niemand hat uns vor 65 Jahren vorausgesagt, dass christlich-soziale, christlich demokratische und auch konservative Parteien die politische Landschaft Europas entscheidend prägen würden. Warum soll uns das nicht auch in Zukunft gelingen? Ich bin der festen Überzeugung, „die Chancen der christlichen Demokratie im Zusammenwachsenden Eu-

ropa sind [...] größer als je zuvor“ (Christoph Böhr).

Es ehrt mich, dass Sie mich eingeladen haben und dass Sie mir zugehört haben.

Vielen Dank!